

Bernd Braun

Sigmund Freud contra Helga Grebing – Kommentierende Anmerkungen zu den Beiträgen von Max Bloch, Karsten Rudolph, Meik Woyke und Walter Mühlhausen

In einem Brief vom 31. Mai 1936 klärte der seit wenigen Wochen 80-jährige Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, den mit ihm befreundeten Schriftsteller Arnold Zweig, Autor des „Sergeanten Grisca“, in unmissverständlicher Weise darüber auf, was er vom Genre der Biografie hielt: „Wer Biograph ist, verpflichtet sich zur Lüge, zur Verheimlichung, zur Heuchelei, Schönfärberei und selbst zur Verhehlung seines Unverständnisses, denn die biographische Wahrheit ist nicht zu haben, und wenn man sie hätte, wäre sie nicht zu brauchen.“¹ Was sagt uns dieses Zitat? Erstens, es gibt 80-jährige, die – im Unterschied zu Helga Grebing, der zu Ehren dieser Tagungsband erscheint – der Gattung Biografie mehr als skeptisch gegenüberstehen. Zweitens, Sigmund Freud hat unter drei Gesichtspunkten durchaus recht, denn ein Biograf unterliegt möglicherweise der Versuchung, ein ganz klein wenig mehr zu lügen als der landläufige Historiker, weil sich durch die größere Nähe zu seinem Objekt Konturen auch verwischen können. Es erreicht kein Historiker diejenigen im Unterbewusstsein angesiedelten Determinanten menschlichen Handelns, deren Erforschung dem Psychoanalytiker vorbehalten bleibt, auch wenn nicht wenige Biografen zum Psychologisieren neigen und dabei zumeist über das Ziel hinausschießen. Und drittens hat Sigmund Freud natürlich auch recht, dass es eine wie auch immer geartete absolute biografische Wahrheit nicht gibt.² Aber Sigmund Freud irrt sich fundamental, wenn er der Gattung Biografie per se den historischen Erkenntnisgewinn abspricht; dessen Bedeutung ist im Gegenteil nicht zu unterschätzen, denn jede Biografie, die nicht ganz misslungen ist, beleuchtet nicht nur die Lebensumstände der individuell gezeichneten Person, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, das politische und das soziale Milieu, in dem er oder sie agierte.

Richtet man den Fokus auf Biografien der Arbeiterbewegung und speziell derjenigen der Weimarer Republik, lässt sich feststellen, dass hier in den letzten Jahren eine größere Differenzierung und Diversifizierung stattgefunden hat, indem sich die Forschung bisher vernachlässigten Flügelvertretern sowie Repräsentanten der regionalen und lokalen Ebene zugewandt hat, wobei die Vertreter der Parteispitze gelegentlich aus dem Blickfeld zu geraten drohten und drohen.

1 Zit. in dem Aufsatz von Detlev Claussen: Karte zu einem ungehobenen Schatz Arnold Zweigs, in: Thomas Koebner/Erwin Rotermund (Hg.): Rückkehr aus dem Exil. Emigranten aus dem Dritten Reich in Deutschland nach 1945. Essays zu Ehren von Ernst Loewy, Marburg 1990, S. 23–30, Zit. S. 25.

2 Pointiert zu dieser Frage Werner Paravicini: Die Wahrheit der Historiker, München 2010.

Von allen Strömungen der Sozialdemokratie des Kaiserreichs hat derjenige Unter-Flügel der Revisionisten, der sich während des Ersten Weltkriegs als die nationale Speerspitze der Partei empfand, bisher die geringste historiografische Aufmerksamkeit erfahren, nicht zuletzt deshalb, weil er außerhalb der Traditionslinien der SED-nahen Geschichtsschreibung der DDR stand und auch fast alle bundesrepublikanischen Historiker, die sich mit der Arbeiterbewegung beschäftigten, mit dieser Gruppierung fremdelten. Beide Historikergruppen hegten für den radikalen Flügel deutlich mehr Interesse und spürbar mehr Sympathien, was in den entsprechenden Biografien nicht selten allzu deutlich durchscheint. Es ist deshalb äußerst verdienstvoll, dass Max Bloch mit Albert Südekum einen der Protagonisten des revisionistischen „Paria-Flügels“ biografisch untersucht hat.³ Ich bin mit Max Bloch völlig einverstanden, dass man sich gerade mit dem „reformistischen Netzwerk“ – persönlich würde ich eher von den Wortführern des revisionistischen Flügels sprechen – wissenschaftlich auseinandersetzen muss, dass man auch nach den Motiven ihres Handelns fragen muss, ihren Verkehrsbeziehungen, ihren Zielsetzungen. Ich würde allerdings einen anderen Akzent setzen. Die Gruppe, die man gemeinhin mit der Trias Eduard David, Albert Südekum und Wolfgang Heine an ihrer Spitze identifiziert, verdankt ihre eigentliche Bedeutung dem Weltkrieg. Bereits am 3. August 1914 notierte David in sein „Tagebuch“: „In der Tat, die Weltgeschichte begünstigt offenbar den Revisionismus.“⁴ Die Gruppe David/Südekum/Heine trug die Burgfriedenspolitik nicht nur mit, sie gestaltete sie nicht nur mit, sondern sie instrumentalisierte sie für ihre innerparteilichen Ziele, und zu diesen gehörte eindeutig die Parteispaltung. Diese Gruppe witterte jetzt die Chance, Revanche für Dresden 1903 zu nehmen, als August Bebel die führenden Revisionisten als „Geschwür“ bezeichnet hatte und eine Abtrennung des revisionistischen Flügels als Drohung im Raum stand.⁵ Nicht umsonst verwendet David eben diesen Ausdruck „Geschwür“ vice versa gegenüber der Parteiminderheit mehrfach in seinem Kriegstagebuch.⁶ Wenn von Seiten der Obrigkeit der Kontakt zu den Davidianern gesucht wurde, dann doch nicht nur aufgrund der Einschätzung, dass man mit diesen „Realpolitikern“ reden könne, sondern mindestens gleichgewichtig auch aus dem strategischen Kalkül heraus, einen zusätzlichen Keil in die Sozialdemokratie zu treiben. Sobald die Sondersituation des Weltkriegs vorbei war, verlor diese Gruppierung massiv an Einfluss.

Ich würde deshalb die These von Max Bloch bestreiten wollen, dass nach dem Ersten Weltkrieg hauptsächlich die Reformisten in die entscheidenden Stellen im Reich und in den Ländern rückten; es waren vielmehr die Zentristen und darunter die Männer aus der zweiten Generation von Arbeiterführern, Männer wie Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Hermann Müller, Otto Wels und andere, welche die entscheidenden Figuren

3 Max Bloch: Albert Südekum (1871–1944): ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009. Neben Südekum liegt nur noch für einen weiteren prominenten Vertreter des „revisionistischen Netzwerkes“ eine Biografie vor: Kai Gniffke: Genosse Dr. Quarck. Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich, Frankfurt am Main 1999.

4 Vgl. Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, in Verbindung mit Erich Matthias bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 9.

5 Vgl. Protokoll SPD-Parteitag Dresden 1903, S. 211.

6 Vgl. Kriegstagebuch David, S. 148 und 168.

im politischen Prozess waren.⁷ Dort, wo die Reformisten in Ämter rückten, mussten sie diese spätestens nach dem Kapp-Putsch im März bzw. den Reichstagswahlen im Juni 1920 nicht nur verlassen, sondern sie waren ab diesem Zeitpunkt bis an ihr Lebensende „politisch tot“ und wurden, wenn überhaupt, nur auf zweit- und drittrangige Posten abgeschoben, wie Eduard David auf denjenigen eines Gesandten des Reichs in Hessen oder Otto Landsberg auf denjenigen des deutschen Gesandten in Belgien. Bei David dauerte dieser Zustand der „politischen Leichenstarre“ zehn Jahre, bei Albert Südekum und Wolfgang Heine jeweils 24 Jahre, bei Otto Landsberg 37 Jahre. Dabei muss betont werden, dass das Ausscheiden der meisten Reformisten aus der ersten Reihe der Politik zwei Jahre vor der Vereinigung mit der USPD geschah; der damit verbundene Linksruck der Partei kann also nicht für deren „Kaltstellung“ verantwortlich gemacht werden.

Anders als Max Bloch sehe ich die Wiedervereinigung mit der USPD nicht als Signal gegen eine Große Koalition oder gegen eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien an. Dagegen sprechen das 1924 mit Vertretern des Zentrums und der DDP gegründete überparteiliche „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ (in dem etwa Altreichskanzler Joseph Wirth und der DDP-Vorsitzende Anton Erkelenz zu den aktivsten Spitzenpolitikern zählten), die Kooperation im so genannten „Volksblock“ für den Kandidaten Wilhelm Marx bei der Reichspräsidentenwahl 1925, die Tatsache, dass die SPD in der Opposition alle großen außenpolitischen Projekte – als Stichworte seien der Dawes-Plan, die Locarno-Verträge oder der Völkerbundseintritt Deutschlands genannt – mittrug bzw. durch ihre Stimmen erst eine Mehrheit im Reichstag erzielt wurde. Dabei ließ sich die SPD von eben jenem nationalen Interesse leiten, dessen Mangel ihr Wolfgang Heine ungerechtfertigter Weise vorgeworfen hatte. Und dies gilt in verstärktem Maße für die noch von Hermann Müller angestoßene Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Regierung von Heinrich Brüning ab September 1930, die gewiss nicht im Parteiinteresse lag, aber im Staatsinteresse alternativlos war. Eberhard Kolb hat die Haltung der SPD in der Endphase der Weimarer Republik als ein Kapitel sozialdemokratischer Geschichte definiert, „das respektabel genannt werden darf und dessen sich die Partei nicht zu schämen hat“.⁸

Karsten Rudolphs Beitrag über die „alten“ und „neuen“ Sozialdemokraten in Sachsen knüpft an seine große Untersuchung über die sächsische Sozialdemokratie zwischen Reichsgründung und Reichsexekution an.⁹ Mit Sachsen steht dabei eine Region im Mittelpunkt, die der gebürtige Dresdener Herbert Wehner, wenn er sich schon im Kaiserreich dazu geäußert hätte, als die Herzkammer der Sozialdemokratie hätte bezeichnen müssen, nicht das damals noch fest in Zentrumshand befindliche Ruhrgebiet, auf das er dieses Zitat nach 1945 gemünzt hat. Neben den von Karsten Rudolph untersuchten Fragen, welche Alterskohor-

7 Vgl. Bernd Braun: Die „Generation Ebert“, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 69–86.

8 Vgl. Eberhard Kolb: Rettung der Republik: Die Politik der SPD in den Jahren 1930 bis 1933, in: Heinrich August Winkler (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 85–104, Zit. S. 104.

9 Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923), Weimar u. a. 1995.

ten, welche nach Berufs- und Ausbildungsspezifika zu unterscheidenden Gruppen sich denn in der bisherigen Sozialdemokratischen Partei und in der neuen Alten Sozialdemokratischen Partei zusammenfanden, hielte ich ein weiteres Kriterium der Untersuchung für sinnvoll: Geschah diese regionale Parteispaltung genau entlang der Bruchlinien der 1922 erfolgten Wiedervereinigung von SPD und USPD? War dieser Einigungsprozess in Sachsen 1922 besonders schwierig verlaufen, waren tiefere Wunden offen geblieben als anderswo, wie konnte die Euphorie der Überwindung der Spaltung binnen zwei Jahren zu einer erneuten Spaltung, erst der Fraktion, später der Partei, führen? Hier könnte man über einen kollektivbiografischen Ansatz versuchen, zu Antworten zu kommen.

Es ist meines Erachtens müßig, die Frage zu diskutieren, ob der Auslöser des Sachsen-Dilemmas, die Reichsexekution von 1923, verfassungswidrig war; ich denke, Walter Mühlhausen hat umfassend und abschließend dargestellt, dass sie verfassungsgemäß war.¹⁰ Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob sie politisch klug war, und darauf ließe sich als potenzielle Antwort Hermann Molkenbuhr zitieren, der seit dem Tod Ignaz Auers 1907 dessen Wahlkreis Glauchau-Meerane im Reichstag vertreten hatte und der auch über sächsische Wahlkreise in die Nationalversammlung und in den ersten Reichstag der Weimarer Republik eingezogen war. Der „Gastsache“ Molkenbuhr notierte in seinem Tagebuch am 2. November 1923: „Die Regierung will scheinbar der Welt beweisen, dass sie auch Kraftmeierei treiben kann und wählt sich als Angriffsobjekt den Staat, der eine der stärksten Stützen der Republik ist. Mit geradezu unbegreiflicher Tölpelhaftigkeit fällt sie über Sachsen her, weil dort zwei Kommunisten im Ministerium sitzen, die sich schon völlig abgewirtschaftet haben und sowieso in den nächsten Tagen aus ihren Ämtern verschwunden wären. Anstatt sich damit zu begnügen, diese Tölpelhaftigkeit gebührend zu geißeln, wird die Frage so behandelt, dass der spätere Geschichtsschreiber wahrscheinlich die Art, wie wir die Frage behandeln, als ebenso große Dummheit bezeichnen wird. Denn wir manövrieren uns aus der Regierung heraus und schaffen eine Situation, welche die Reaktionäre in Bayern und in den Kreisen der Junker erstreben und aus eigener Macht nicht schaffen können.“¹¹ Nach Ansicht von Hermann Molkenbuhr war die von Reichskanzler Gustav Stresemann gewünschte und vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert nicht verhinderte Reichsexekution tölpelhaft, der Austritt der SPD aus der Großen Koalition, der vier Jahre und fast acht Monate Opposition folgten, tölpelhaft und – so möchte ich ergänzen – die Parteispaltung in Sachsen ebenso tölpelhaft. Vermutlich ist dieses Jahr 1923 für die SPD in Sachsen die Urkatastrophe gewesen, die den beispiellosen Niedergang Sachsens von *der* sozialdemokratischen Hochburg zur sozialdemokratischen Diaspora, in manchen Landesteilen zum sozialdemokratischen Niemandsland unserer Tage eingeläutet hat.

Ich würde die im Beitrag von Meik Woyke „Parteiarbeiter in der ‚zweiten Reihe‘. Kontinuitäten und Brüche sozialdemokratischer Biografien im 20. Jahrhundert“ angesprochenen

10 Vgl. das entsprechende Kapitel „Die ‚Reichsexekution‘ gegen Sachsen“, in: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 641–675.

11 Vgl. Bernd Braun/Joachim Eichler (Hg.): Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, München 2000, S. 378.

Politikerinnen und Politiker aus Mecklenburg zunächst von der zweiten in die dritte Reihe setzen wollen, was nicht als Strafversetzung gemeint ist, sondern der politischen Bedeutung dieses Personenkreises realistischerweise angemessen ist. In die zweite Reihe müsste etwa der zeitweilige Innenminister und Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin und langjährige Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling gerückt werden, der bei der „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933 von einem nazistischen Schlägerkommando ermordet wurde. Auch für Johannes Stelling gibt es bis heute noch keine Biografie. Die dritte Reihe ist schon deshalb keine Strafversetzung, weil es mehr als legitim ist, gerade auch nach den gebrochenen – und damit ist ja nichts anderes gemeint, als den letztlich gescheiterten – Karrierewegen von Sozialdemokraten zu fragen, nach den Mustern von Aufstieg, Stagnation und Fall einer politischen Laufbahn, wie Meik Woyke dies in seiner Dissertation über Albert Schulz aufgezeigt hat, der von 1920 bis 1933 als Landtagsabgeordneter von Mecklenburg-Schwerin amtierte und von Juli bis November 1932 auch kurzfristig dem Reichstag angehörte.¹²

Neben einzelbiografischen Fragestellungen wäre für die beiden mecklenburgischen Staaten meines Erachtens ein kollektivbiografisch-komparatistischer Ansatz unter der Fragestellung sinnvoll, inwieweit die Tatsache, dass diese beiden rückständigsten deutschen Staaten quasi eine Entwicklungsstufe übersprungen haben – von der absolutistischen Monarchie direkt in die parlamentarische Demokratie –, Sonderformen politischer Kultur, demokratischer Entwicklung und Rekrutierung politischer Eliten evoziert hat, Letzteres unter besonderem Blickwinkel auf die Sozialdemokratie.

Ein weiteres Feld, das durch den Beitrag von Meik Woyke gestreift wurde, ist die Kommunalpolitik. Auch hier fehlen meines Wissens weitgehend kollektivbiografisch-komparatistische Untersuchungen, die sich der Frage widmen, warum die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik so wenige bekannte Bürgermeister stellte und warum der Oberbürgermeisterposten innerhalb der SPD kein Karrieresprungbrett darstellte.¹³ Im bürgerlichen Spektrum war dies anders, man denke nur an Reichskanzler Hans Luther, der seine Laufbahn als Oberbürgermeister von Essen begann, an Karl Jarres aus Duisburg, der 1925 Reichspräsidentenskandidat wurde oder an Konrad Adenauer, der als zentrumsinterner Reichskanzlerkandidat Joseph Wirth unterlag. Warum stellten Hermann Beims in Magdeburg, Max Brauer in Altona oder Philipp Scheidemann in Kassel die Ausnahmen dar? Bei Philipp Scheidemann war seine Tätigkeit im Kasseler Rathaus zudem kein Karrieresprung, sondern der sichtbarste Beleg für seinen irreparablen Karriereknick nach seinem Rücktritt als Reichsministerpräsident im Juni 1919.¹⁴ Nach 1945 entwickelte sich die Situation völlig anders,

12 Meik Woyke: *Albert Schulz (1895–1974). Ein sozialdemokratischer Regionalpolitiker*, Bonn 2006.

13 Bereits 1981 hat Susanne Miller den richtungweisenden Aufsatz „Sozialdemokratische Oberbürgermeister in der Weimarer Republik“ veröffentlicht, dessen Denkanstöße jedoch bisher nicht vertieft wurden; in: Klaus Schwabe (Hg.): *Oberbürgermeister, Boppard am Rhein 1981*, S. 109–124; der Beitrag ist aufgenommen in den Band: *Susanne Miller: Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD*. Zum 80. Geburtstag hg. von Bernd Faulenbach, Bonn 1995, S. 191–206.

14 Vgl. jüngst zur OB-Tätigkeit Scheidemanns Walter Mühlhausen: „Das große Ganze im Auge behalten“. Philipp Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel (1920–1925), Marburg 2011.

nicht nur in den Städten, die gleichzeitig Bundesländer sind (Berlin, Hamburg und Bremen), sondern etwa in einer Mittelstadt wie Mainz, deren langjähriger Oberbürgermeister Jockel Fuchs bundesweit populär war, vielleicht populärer als der eine oder andere rheinland-pfälzische Ministerpräsident. In der Weimarer Republik gab es nichts Vergleichbares. Gilt dies wirklich für jedes Land, für jede Region des Deutschen Reichs? Wenn nein, was begründete die Unterschiede?

Der Beitrag von Walter Mühlhausen über den „Typus Ebert“ führt wieder zurück in die Parteispitze der SPD. Friedrich Ebert, bei dem man lange diskutieren könnte, ob bei ihm der Typus oder der Solitär im Vordergrund steht, teilt mit den Wortführern der Revisionisten das Schicksal, dass er erst während und durch den Weltkrieg zum wirkungsmächtigsten Parteiführer der SPD aufstieg. Auch bei ihm wirkte der Erste Weltkrieg als Karrierebeschleuniger. Die Sozialdemokratie dachte (und denkt) strikt in Hierarchien. Erst, als sich der erste Parteivorsitzende und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase aus seinen beiden Positionen hinauskatapultiert hatte und Ebert und Scheidemann die freigewordenen Ämter übernahmen, besaß Ebert gemäß des Anciennitäts-Vorrangs gegenüber Scheidemann den Status des Parteiführers Nummer 1. Während aber für Friedrich Ebert eine umfassende Studie für seine Zeit als Reichspräsident aus der Feder von Walter Mühlhausen vorliegt, fehlt für Philipp Scheidemann eine adäquate Biografie.¹⁵ Die völlig unzulängliche Edition der „Schriften Philipp Scheidemanns aus dem Exil“ und die beiden – man sollte sie nicht Biografien nennen – „Grotoskopien“ von Christian Gellinek verfestigen gegenüber der vorliegenden Ebert-Biografie eine völlig aus dem Gleichgewicht geratene Forschungslage.¹⁶ Dies wirft ein Schlaglicht auf ein generelles Problem: Wenn von zwei innerparteilichen Rivalen – und dies waren Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann zweifelsohne – nur der eine wissenschaftlich untersucht wurde, droht die Gefahr, dass die historische Bedeutung des Biografierten über-, die des Nicht-Biografierten unterbewertet wird. Noch augenfälliger ist diese Diskrepanz bei zwei anderen großen Gegenspielern aus der Sozialdemokratie des Kaiserreichs, bei Ignaz Auer und August Bebel.¹⁷

Die bisher einzige vorliegende Biografie über Gustav Bauer von Karl Ludwig Rintelen, dessen politischer Standpunkt deutlich links von der SPD beständig durchscheint, lässt meines Erachtens zwei Faktoren völlig außer Acht, die Historiker generell gerne übersehen.¹⁸ Das eine sind die sogenannten weichen Faktoren wie Gesundheit, harmonisches Pri-

15 Der Biografie von Walter Mühlhausen über Friedrich Ebert [wie Anm. 10] lässt sich die bisher einzige Scheidemann-Biografie – Helmut Schmersal: Philipp Scheidemann 1865–1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt am Main 1999 – nicht gleichwertig an die Seite stellen.

16 Philipp Scheidemann: Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil, hg. von Frank R. Reitzle, Lüneburg 2002; Christian Gellinek: Philipp Scheidemann. Eine biographische Skizze, Köln u. a. 1994; in weiten Teilen textidentisch mit ders.: Philipp Scheidemann. Gedächtnis und Erinnerung, Münster u. a. 2006.

17 Vgl. zur Bedeutung Ignaz Auers für die Sozialdemokratie: Bernd Braun: Die Integrationstechnik des Praktizismus. Ignaz Auer und Hermann Molkenbuhr während der Revisionismusdebatte, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 24 (2000), S. 43–65.

18 Karl Ludwig Rintelen: Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer, Gewerkschaftsführer, Freund Friedrich Eberts, Reichskanzler. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main 1993.

vatleben, normgerechtes Sexualleben, intaktes Familienleben oder menschliche Beziehungen innerhalb von Führungsgremien. Im Falle Gustav Bauers wäre der zentrale weiche Faktor neben dem karrierefördernden Element der engen persönlichen Freundschaft mit Friedrich Ebert vor allem seine schwere körperliche Behinderung von Jugend an, die wahrscheinlich beides zugleich war: Motivation und Hemmnis für seine politische Laufbahn. Und der zweite von Historikern gern übersehene Faktor ist die geografische Herkunft, im Fall Gustav Bauers aus Ostpreußen. Dass es Gustav Bauer als eben sein Amt angetretener Regierungschef besonders schwer gefallen sein muss, den Versailler Vertrag unterzeichnen zu lassen und damit die Degradierung seiner ostpreußischen Heimat auf einen durch den polnischen Korridor vom Deutschen Reich abgetrennten Außenposten zu akzeptieren, ist merkwürdigerweise bisher noch keinem seiner Lang- und Kurzbiografen aufgefallen. Bei Hermann Müller wäre der zentrale weiche Faktor, der in den entsprechenden Überblicksdarstellungen allenfalls am Rande erwähnt wird, seine seit 1929 völlig zerrüttete Gesundheit, die seine zweite Kanzlerschaft überschattete und am 20. März 1931 zu seinem frühen Tod im Alter von nur 54 Jahren führte.¹⁹

Gerade bei Hermann Müller, dem bedeutendsten der drei sozialdemokratischen Kanzler der Weimarer Republik, ist besonders erstaunlich, dass bisher lediglich auf eine Broschüre des Stadtarchivs Mannheim zurückgegriffen werden kann.²⁰ Diese Enthaltensamkeit der Biografen kann nur zum Teil auf die sehr disparate Quellenlage von Männern des „Typus Ebert“ zurückgeführt werden. Die Quellenlage ist bei Gustav Bauer schlechter als bei Ebert, da aus seinem Leben vor der Politik so gut wie keine Einzelheiten bekannt sind und kein eigentlicher Nachlass vorhanden ist, bei Hermann Müller durch die beiden Nachlassteile im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn und denjenigen im Bundesarchiv Berlin deutlich positiver, bei Philipp Scheidemann durch seine autobiografischen Publikationen nochmals wesentlich besser. Mit der Quellenlage ist ein weiteres Defizit des Berufsstands der Historiker angesprochen, nämlich die Neigung, diejenigen Persönlichkeiten zu überschätzen, bei denen der Quellenfundus besonders reichhaltig ist. Dabei wäre die Geschichte der Weimarer Republik ohne den Tagebuchschreiber Harry Graf Kessler um keinen Deut anders verlaufen, ohne das politische Engagement von Hermann Müller allerdings schon.

Notwendig für eine Hermann-Müller-Biografie ist allerdings Grundlagenforschung, wie ein Blick in die „Neue Deutsche Biographie“ verdeutlicht. Im genealogischen Kopfteil des Eintrags bei Hermann Müller finden sich bei seinen Eltern, seinen beiden Ehefrauen und seinen beiden Töchtern so gut wie keine Angaben.²¹ Nun ist es sicher schwer, nach Personen mit dem nicht gerade seltenen Namen „Müller“ zu recherchieren, allerdings auch nicht unmöglich. So starb seine am 9. September 1878 im schlesischen Rybnik geborene erste Frau

19 Vgl. Bernd Braun: „Solange man schnaufen kann, muss man kämpfen!“ Zu Krankheit und Tod von Reichskanzler Hermann Müller, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 157 (2009), S. 403–428.

20 Andrea Hoffend: „Mut zur Verantwortung“. Hermann Müller, Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim, Mannheim 2001.

21 Vgl. den Eintrag für Hermann Müller von Martin Voigt, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 18, Berlin 1997, S. 410–414.

Elfriede Tockus, eine engagierte Sozialdemokratin, nur viereinhalb Wochen nach der Geburt der ersten Tochter Anna Maria am 28. November 1905 in Görlitz an Tuberkulose und wurde auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt, wo man ihr Grab noch heute besuchen kann. Seine zweite Ehefrau Gottliebe Jäger, die am 13. August 1878 in Hirschberg geboren war, spürte die Folgen nationalsozialistischer Sippenhaft. Nach der Aberkennung ihrer Witwenpension flüchtete sie sich in den Schoß ihrer Heimat und Familie nach Schlesien, wo sie am 19. Februar 1944 in Bad Warmbrunn verstarb.²² Man kann zwar beklagen, dass generell die Rolle der Frauen in der Sozialdemokratie und vor allem der Einfluss der Ehefrauen sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre des Kaiserreichs und der Weimarer Republik von der Forschung vernachlässigt werden, aber ohne die oftmals nicht vorhandene Bereitschaft zu mühseligster Detektivarbeit fehlt leider jede Voraussetzung, solche Defizite ausgleichen zu können.

Und eine weitere Ursache, warum die Liste der Desiderata bei den Biografien führender Sozialdemokraten der Weimarer Republik nur langsam kürzer wird, ist darauf zurückzuführen, dass sich die Historiografie und die Erinnerungskultur allzu oft und allzu sehr den Marktmechanismen unterordnen: Die zwanzigste Stresemann-Biografie und die fünfzigste Hitler-Biografie erregen immer noch mehr Aufsehen in der Fachwelt oder der Publizistik als die erste Hermann-Müller-Biografie.

Ob nun auf Reichsebene in der ersten und zweiten Reihe, ob auf der regionalen oder auf der kommunalen Ebene, das gelegentlich zu findende Urteil, die Weimarer Republik sei bereits überforscht, ausgeforscht oder totgeforscht worden, trifft auf den Sektor der Biografie und darunter auf das Segment Biografien von Repräsentanten der Arbeiterbewegung gerade nicht zu. Hier sind zwar in den letzten Jahren einige Lücken geschlossen worden, ohne dass sich der Forschungsbedarf grundlegend minimiert hätte. Es gibt genügend Professoren, denen der Begriff „Arbeiterbewegung“ etwas sagt, ohne dass dies bisher in ausreichendem Umfang bewirkt hätte, wissenschaftliche Qualifizierungsarbeiten in Gestalt von Biografien anzuregen. Dieser im doppelten Wortsinn letzte Satz kann durchaus als Appell gedeutet werden.

22 Die Klärung der Familienstruktur von Hermann Müller war eine Vorarbeit für den rund 800 Fotografien umfassenden Bildband Bernd Braun: *Die Weimarer Reichskanzler. Zwölf Lebensläufe in Bildern*, Düsseldorf 2011; außerdem für die noch nicht abgeschlossene Edition des Briefwechsels zwischen Hermann Müller und seiner Privatsekretärin Felicia Fuss und einen Aufsatz über das vom politischen Engagement ihres Vaters und der NS-Diktatur beeinflusste bzw. aus der Bahn geworfene Lebensschicksal seiner beiden Töchter Anna Maria und Erika Müller.